



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VII/207 - 8.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Tauziehen um das künftige Wahlgesetz	S. 1
De Gasperi bezieht klare Fronten	S. 3
Ostdeutschland - polnisch gesehen	S. 5
Verschleppungsmanöver im Falle Koppel	S. 7

Die Koalition und die Wahlen

(sp) Es war schon verdächtig, daß vor vielen Monaten ein Regierungssprecher erklärte, das Kabinett habe den Regierungsentwurf eines Wahlgesetzes für die Bundestagswahlen wohl erörtert, aber nicht verabschiedet. Dabei wäre es sicher staatspolitisch notwendig gewesen, einen Beschluß so früh wie möglich zu fassen, damit der Bundestag dieses Gesetz beschließen kann, bevor man in den eigentlichen Wahlkampf eintritt. Noch im vergangenen Jahr waren auch Abgeordnete der Regierungsparteien dieser Meinung.

Aber im Palais Schaumburg ließ man sich Zeit, obwohl dort der vorgesehene Wahltermin des Juni nächsten Jahres seit geraumer Zeit bekannt, ja vermutlich von dort zuerst genannt worden ist. Statt der überfälligen Beschlußfassung wurde hinter den Kulissen sondiert, ob die Partner der gegenwärtigen Koalition in der Frage eines Wahlgesetzes auf einen Nenner zu bringen seien. Kriterium für die Güte eines solchen Wahlgesetzes war selbstverständlich, daß es eine maximale Chance böte, Dr. Adenauer zum Siege zu verhelfen.

Vermehrung und Neueinteilung der Wahlkreise nach parteipolitischen Gesichtspunkten und Absprachen über die Aufstellung nur gemeinsamer Kandidaten aller drei Parteien waren einige der Gedanken, von denen ausgehend die reine Mehrheitswahl zur Parole des überwiegenden Teiles der CDU wurde. Daß dabei nach dem Wunsche des Kanzlers die absolute Mehrheit der gemeinsamen Kandidaten

der CDU/CSU angehören sollte, versteht sich am Rande. Offenbar haben aber Dr. Adenauer und seine Unterhändler in den Vorbesprechungen so hohe Forderungen gestellt, daß es selbst den sonst dem Kanzler um jeden Preis ergebenden Koalitionsfreunden zu viel war. Immerhin geht es auch ihnen um ein System, das mit möglichst großer Sicherheit wieder zu einer Regierung Adenauer führt, so unerträglich unbequem das Regiment dieses gestrengen Herren sein mag.

Zu sehr ist die bedingungslose Unterordnung der drei Koalitionsparteien unter ihren Chef zur Gewohnheit geworden, als daß noch eine von den dreien auch nur das Vertrauen in sich hätte, zwei Schritte in der deutschen Politik ohne einen Zustimmung heischenden Blick auf Adenauer gehen zu können. Von den Hinterbliebenen des linken Flügels der CDU bis zum rechten Flügel der Deutschen Partei gibt es deshalb im Grunde auch nur noch ein Programm, das "Adenauer" heißt, auch wenn von Zeit zu Zeit hier und da eine etwas krampfhaft wirkende Selbständigkeitsregung sichtbar wird. Andererseits haben die letzten Proben einer Blockbildung in Bielefeld und im vorigen Jahr in Bremen einen so negativen Ausgang gehabt, daß selbst ein Blatt wie der "Rheinische Merkur" von einem "politischen Brei" sprach, "der keinem Wähler so recht durch den Hals wollte". Auch die Landtagsnachwahl in Bentheim, bei der es zu keiner Blockbildung kam, zeigt, wie die Wähler darüber denken. Sie geben einem profilierten Parteikandidaten den Vorzug.

Aber es ist Sache der Koalitionsparteien, wie sie aus diesem Dilemma herausfinden und wie jede von ihnen vor den Wählern noch Eigenständigkeit und selbständiger Willen beweisen will. Sache aller Parteien unseres Volkes sollte es sein, darauf zu dringen, daß mit dem Wahlgesetz für 1953 nicht der Versuch gemacht wird, durch ein entsprechendes Wahlsystem die gegenwärtige Regierungsmehrheit unter Verfälschung des Volkswillens auch für die nächste Legislaturperiode zu sichern. Aus Kreisen der Regierung und ihrer Parteien sind schon genug Pläne an die Öffentlichkeit gedrungen, die gerade das beinhalten. Auch die mehr als fragwürdigen Methoden des erst vor zwei Jahren eingeführten französischen Wahlsystems spielen dabei eine Rolle.

Für die Parteien, die in der Stärkung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ihre erste Aufgabe sehen, wird es nun darauf ankommen, für ein Wahlgesetz zu sorgen, welches diesem staatspolitischen Prinzip dient. Je früher das Gesetz beschlossen wird, umso sicherer ist, daß nicht erst kurz vor Fortschluß der Kanzler mit seinen Untergebenen doch noch versucht, ein Wahlgesetz durchzupeitschen, das nur danach angelegt ist, den zu erwartenden Stimmenschwund im Lager der Regierungsparteien wahlarithmetisch auszugleichen.

Die Rede von Predazzo

v. sch.-Rom, Anfang Sept.

Das politische Leben Italiens erwacht langsam von seiner all-jährlichen Sommerlethargie, die entsprechend dem südlicheren Klima des Landes etwas länger dauert als in den meisten europäischen Ländern. Das übrigens erwartete Signal zu dieser Wiederbelebung hat eine Rede gebildet, die der Ministerpräsident de Gasperi im Dolomitenstädtchen Predazzo, seinem Geburtsort hart an der Südtiroler Sprachgrenze, aus Anlaß seines vierzigjährigen Parlamentsjubiläums gehalten hat. Dort wurde er nämlich 1912 zum ersten Male als junger Rechtsanwalt gewählt, und zwar als Abgeordneter für den Wiener Reichsrat; die Provinz Trient gehörte damals und bis zum Ende des ersten Weltkrieges - sehr widerwillig - zum Habsburger Reich.

Die politische Welt Italiens war auf diese Rede gespannt, weil man von ihr die maßgebliche Antwort auf wichtige Fragen erhoffte, die den Kurs der Regierung bis zu den nächsten Wahlen und darüber hinaus bestimmen werden. Manche glaubten, er würde auch zu einem bevorstehenden anglo-amerikanischen Versuch, ein Kompromiß zwischen Rom und Belgrad in der Triester Frage zu erzwingen, Stellung nehmen. Aber gerade über diesen Punkt hat er sich kurz und vage ausgelassen. Dieses Thema ist übrigens so heikel und bedeutet gerade innenpolitisch eine derartige Belastungsprobe für die Staatsmänner in Rom, daß man es verstehen kann, wenn es der Ministerpräsident nicht ohne absolute und dringende Notwendigkeit anrührt.

Die Rede von Predazzo hat indessen über verschiedene andere Fragen Aufschluß gegeben. Sie wurde, zumal im Kreise seiner heimatlichen Wähler gehalten, recht frei von der Leber gesprochen. Das neue Manöver Pietro Nenni, das natürlich mit Fogliatti vereinbart ist, und das unter dem Schlagwort der "Entspannung" und der "Integrierung der Arbeitermassen" in den italienischen Staat vor sich geht, ist von de Gasperi wirksam beantwortet worden. Er erinnerte daran, daß überall, wo Kommunisten und Krypto-Kommunisten die Möglichkeit gelassen wurde, als Minderheit mitzuregieren, sie nach wenigen Jahren durch List und Gewalt die Mehrheit verdrängt und schließlich ihre bisherigen Partner restlos unterdrückt haben. "Wenni soll erst einmal einen Lehrgang der parlamentarischen Opposition nach westlichem Muster erfolgreich bestehen - dann werden wir weiterscher...". Damit

war das Thema in der Tat erledigt.

Auch an die demokratischen Beteuerungen der "Missini" glaubt de Gasperi nicht. Sobald sie eine Chance sehen würden, ließen sie alle ihre demokratischen Versprechungen über Bord springen und würden sich auf ihre faschistischen Diktaturgrundsätze wieder besinnen. Was er andererseits über die Monarchisten sagte, hat den Kommunisten Anlaß zu wilden Angriffen und böartigen Verdrehungen gegeben. Er verwies sie darauf, daß ein besonderer Artikel der italienischen Verfassung ausdrücklich feststellt, daß die republikanische Staatsform - im Gegensatz zu allen übrigen Bestimmungen der Verfassung - nicht revisionsfähig sei. Um das von ihnen propagierte neue Referendum über die republikanische Staatsform durchzusetzen, müßten die Monarchisten erst versuchen, den betreffenden Artikel der Verfassung abschaffen zu lassen. Sie sollten daher lieber die Verwirklichung ihres Traumes der geschichtlichen Entwicklung überlassen. Der ironische Sinn dieser Ausführungen war offenkundig, doch tun die Kommunisten so, als ob sie ein ernstgemeintes Angebot an die Monarchisten bildeten, und toben über den "geplanten Verrat an der Republik".

Am wichtigsten war das klare Bekenntnis de Gasperis zu der Wiederaufnahme der Koalition aller demokratischen Parteien, die vor vier-einhalb Jahren gemeinsam gesiegt hatten. Es müsse eine feste Regierungsmehrheit bei den Wahlen erreicht werden. Das soll durch eine Wahlreform gesichert werden. Über deren Einzelheiten de Gasperi auch während seines Sommerurlaubes mit demokratischen Parteiführern inoffiziell verhandelt hat. Aber eine Verständigung über eine neue Wahlrechtsvorlage setzt natürlich eine vorherige grundsätzliche politische Verständigung, mit oder ohne Neubildung der Koalition, voraus. Die günstige Reaktion, die die Rede von Predazzo bei den kleineren demokratischen Parteien, und anscheinend auch beim größeren Teil der Sozialdemokraten, ausgelöst hat, läßt darauf schließen, daß die Aussichten für eine solche Verständigung gut sind. Das nächste entscheidende Wort wird der sozialdemokratische Parteitag in Genua Anfang Oktober sprechen.

+ + +

Ostdeutsche Heimat- polnisch gesehen

G.K. "Polen ist mehrmals von Deutschland überfallen worden, zuletzt im zweiten Weltkrieg. Im Potsdamer Abkommen wurde nunmehr die Westgrenze Polens längs der Oder und Weiße festgelegt. Die Deutschen, die östlich dieser Grenze gelebt hatten, fanden in Deutschland eine neue Heimat". So zu lesen im "Lehrheft der Erdkunde für das sechste Schuljahr" im Bereich der sogenannten deutschen demokratischen Republik.

In dieser Form wird die Jugend der Sowjetzone mit den zur Zeit gegebenen territorialen Verhältnissen zwischen Deutschland und Polen vertraut gemacht. Kein Wort darüber, daß erst eine fast achthundertjährige deutsche Kolonisationstätigkeit jene Gebiete jenseits der Oder-Weiße-Linie zivilisatorisch und kulturell erschlossen hat. Kein Wort darüber, daß das Potsdamer Abkommen nicht die endgültige Festlegung der Oder-Weiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen vorsah.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß in den diesen Lehrbuch beigegebenen Karten eine Kennzeichnung der deutschen Ostgebiete unterbleibt, ja, daß nicht einmal mehr die deutschen Landschafts- und Ortsbezeichnungen aufgeführt werden. Die Schüler und Schülerinnen in der Sowjetzone, die dann auf diesen Karten die Namen Wroclaw, Jelenia Gora, Olsztyn oder Gdansk lesen, werden kaum jemals auf den Gedanken kommen, daß es sich dabei um die rein deutschen Orte Breslau, Hirschberg, Allenstein und Danzig handelt.

Die Polonisierung der Landschafts-, Orts- und Flurnamen ist von den Polen mit besonderer Intensität und Sorgfalt durchgeführt worden. Wenngleich man oftmals die einfache wörtliche Übersetzung des ehemals deutschen Ausdrucks benutzt hat, so ist in manchen anderen Fällen an die Stelle der deutschen Bezeichnung ein slawisches Wort getreten, über dessen ethymologische Herkunft nicht einmal bei Sprachwissenschaftlern völlige Klarheit erzielt werden konnte. Wie umfangreich diese Tätigkeit gewesen ist, mag daraus ersichtlich sein, daß die Polnische Geographische Gesellschaft in Warschau erst kürzlich ein zweibändiges Buch herausbringen konnte (polnisch-deutsch und deutsch-polnisch), in dem eine genaue Aufstellung der geänderten Ortsbezeichnungen vorgenommen worden ist. Band 1 bringt auf 416 Seiten etwa

34000 polnische Orts- und Landschaftsnamen, die anstelle der ehemals deutschen gesetzt worden sind. Diese Arbeit ist als ein vorläufiger Endpunkt jener Bemühungen anzusehen, die bereits im Jahre 1945 und in den darauffolgenden Jahren insbesondere im Instytut Zachodni (West-Institut) in Posen unternommen wurden. Das West-Institut in Posen, das vornehmlich propagandistisch die Polonisierung der deutschen Ostgebiete betreibt und von der These ausgeht, daß diese Gebiete seit jeher polnisch gewesen wären, hat in den genannten Jahren in seiner Monatszeitschrift "Przegląd Zachodni" zahlreiche Beiträge über die Umbenennung von Orten, Flüssen usw. veröffentlicht, die bis zur kleinsten Landschaftsgliederung, zu Bach, Gehöft oder Wäldchen vordringen.

Es kann daher auch gar nicht verwunderlich sein, daß nunmehr in allen Publikationen, die von den Ostblockstaaten, einschließlich der sogenannten DDR herausgebracht werden, polnische Bezeichnungen benutzt werden, um auch nur die leiseste Ahnung, daß dort bis 1945 von einem deutschen Siedlungs- und Kulturgebiet zu sprechen ist, zunichte zu machen.

Für die sowjetrussischen Satellitenstaaten gilt es, mit allen Mitteln das Bewußtsein und die Erinnerung daran zu zerstören, daß jenseits der Oder und Neiße über Jahrhunderte Deutsche lebten und diese Gebiete erst zu einer hohen Blüte gebracht haben.

Gerade deshalb sollte die westliche Welt immer wieder daran erinnert werden, daß jenen polnischen Ortsbezeichnungen, die seit 1945 alleinige Geltung besitzen, deutsche gegenüberstehen, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen.

Elbląg muß Elbing bleiben, Malbork - Marienburg, Szczecin - Stettin und Zielona Góra - Grünberg. Und wenn heute die weltberühmten Kurorte des Riesengebirges und des Glatzer Berglandes: Charlottenbrunn, Reinerz, Salzbrunn und Landeck - Jedlina Zdrój, Duszniki Zdrój, Szczawnice Zdrój und Łańcut Zdrój heißen, wenn aus den Ostseebädern Swinemünde und Zoppot etwa Swinoujście und Sopot wurden, dann darf dieser Namenswechsel nicht darüber hinwegtäuschen, daß zu gegebener Zeit in Jahrhunderten erworbene Ansprüche wieder geltend gemacht werden.

Verschleppungsmanöver im Falle Koppel

g. Ein lange gehegter Verdacht hat sich bestätigt, aber nicht etwa der gegen den Angeklagten, sondern der gegen den Kläger. Als vergangene Woche im Film-, Presse-, Rundfunk-Ausschuß des Deutschen Bundestages von Parlamentsmitgliedern erneut die Frage an den Vertreter des Bundesinnenministeriums gerichtet wurde, warum die Real-Film in Hamburg mit ihrem Direktor Walter Koppel keine Bundesbürgschaften erhalte, wurde erklärt, "das Bundesverfassungsschutzamt habe die Sache Koppel noch nicht entscheiden können, da es noch dabei sei, den Verdacht zu klären".

Diese Äußerung von offizieller Seite des Bundesinnenministeriums rief im Ausschuß heftigste Kritik hervor. Man verweigere Koppel seit fast zwei Jahren die Bundesbürgschaften und bringe eine große Firma damit an den Rand des Ruins; man verhindere systematisch jede Klärung des gegen Koppel erhobenen Vorwurfes, er habe Verbindungen zum Osten; man hintertreibe durch juristische Spitzfindigkeiten die Wahrnehmung des jedem Staatsbürger im Grundgesetz garantierten Rechtes, Recht und Schutz bei einem deutschen Gericht zu suchen.

Die verlegene Ausrede des Vertreters des Bundesinnenministeriums, "die Öffentlichkeit und die deutsche Presse hätten den Fall Koppel in einer Form aufgegriffen, daß die mit den Ermittlungen beauftragten Vertrauensleute des Bundesverfassungsschutzamtes am Leben gefährdet seien", wurde sogar als "zynische Frechheit" gegenüber Parlamentariern gerügt. Außerdem mußte dieser Beamte sich sagen lassen, daß es nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Presse sei, Maßnahmen der Exekutive zu erörtern.

Die fast einmütige Empörung des Bundestagsausschusses (nur der DP-Abgeordnete Walter stimmte dem Vorgehen des Bundesinnenministers zu) beweist, daß es hier um einen Präzedenzfall von grundsätzlicher Bedeutung geht. Sind wir heute schon wieder so weit, daß schwerste Beschuldigungen erhoben und Boykottmaßnahmen ergriffen werden können, ohne daß die geringsten Beweise vorliegen? Daß man einem Staatsbürger jegliche Klärung in einem öffentlichen Verfahren verweigert? Daß dieser Zustand der Rechtslosigkeit seit fast zwei Jahren weiter aufrechterhalten werden kann?

Zum Schutz der Verfassung ist der Bundesinnenminister berufen. Aber ausgerechnet er hat das Vorgehen gegen Koppel persönlich angeordnet, während sich seine anderen Kollegen, wie der Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzminister, in deren Ressort die Bundesbürgschaften fallen, sich sehr deutlich davon distanzieren haben. (Der Bundeswirtschaftsminister hat die Unterschrift - obwohl zuständig - unter das Antwortschreiben an das Bundesverfassungsgericht verweigert).

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau